Ausgabe B.

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: Bei der Post geholt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten 2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 2 Uhr.

Nr. 230 | Bielefeld-Bethel, Donnerstag, den 2. Oktober 1919. | Jahrgang 1.

Wer in seinem Leben zu wenig gelitten hat, bleibt rettungslos mittelmäßig. Hilty.

Handelsverhältnisse in Deutschland.

Artikel eines zur Zeit in Köln ansässigen englischen Großkaufmanns in deutscher Übersetzung.

Die Mark: Im Juli 1914 war das englische Pfund in Deutschland 20 Mark wert. Anfang dieses Jahres, als unsere Truppen in Köln ankamen, hatte das englische Pfund einen Wert von 35 Mark. Am 21. August kostete das englische Pfund 107 *M* und am 16. September war die Valuta 130 *M*.

Zu der Zeit, als der Fall des englischen Geldwertes bei der amerikanischen Börse Alarm und Aufregung hervorrief, besonders im Export-Handel, ist es erstaunlich zu finden, daß dem weit größeren Fall der deutschen Mark in Großbritannien keine Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Es scheint so, daß, sollte der deutsche Kurs überhaupt bemerkt werden, der Engländer dieses Thema mit dem Wdrte „es geschieht ihnen recht!" abbricht. Und doch ist das Fallen der deutschen Mark ein bedeutender Faktor in dem Steigen des amerikanischen Kurses gegen uns. Dem oberflächlichen Beobachter mag diese Folgerung schwierig sein, und doch ist sie sehr einfach.

Der abnehmende Wert des Pfundes in Amerika kommt daher, weil wir für Import mehr schulden, als wir durch Export bezahlen können; daher müssen wir Dollars kaufen, um unsere Schulden zu bezahlen, anstatt Waren auszuführen. — Resultat: Steigen des Dollars und Fallen des Pfundes.

Aber warum importieren wir mehr als wir exportieren? Ein Grund ist die niedrigere Produktion infolge kurzer Arbeitszeit und Kriegsmüdigkeit, ein anderer Mangel an Schiffsraum und Werften, ein anderer die Kohlenkosten und noch ein weiterer ist, daß wir den deutschen Markt verloren und unser Export in dieser Richtung aufhört. Wir haben ihn verloren, weil die Mark auf weniger als 2 Pence gefallen ist und die Deutschen es sich nicht leisten können, sechsmal soviel für unsere Waren zu zahlen wie vor dem Kriege, zuzüglich der wirklichen Steigerung unserer Preise. Sie haben daher aufgehört zu kaufen, und unser Export hat aufgehört, in dieser Richtung zu fließen.

Als der Waffenstillstand unterzeichnet war, waren Deutschland und Österreich entblößt von vielen Lebensnotwendigkeiten, Nahrung, Kleidung, Stoffen, Schuhen und Rohmaterialien für Fabrikate. Sofort kam der Franzose, Holländer und Amerikaner mit Millionen an Vorräten zu fabelhaften Preisen, welche begierig von der besiegten, notleidenden Bevölkerung gekauft wurden, und die Mark floß in Strömen über die Grenzen. In der Tat begann jetzt in Deutschland eine Orgie des Übermaßes von Import, was verglichen mit unserer gegenwärtigen ungünstigen Bilanz sich wie 10 zu 1 verhält. Niemand kümmerte sich einen Pfifferling um den Kurs, Geld war in Fülle vorhanden, und wenn Nahrung und Kleidung gekauft werden konnten, kauften sie zu jedem Preis. Man beruhigte sich damit, es würde schon alles gut werden, wenn die Blockage aufgehoben würde und Deutschland könnte seine Chemikalien, Porzellan, Glas, künstlichen Dünger usw. ausführen. Anleihen würde man von den reichen Vereinigten Staaten erhalten, der Handel würde festen Fuß fassen, der hart arbeitende Deutsche würde bald den Weltmarkt wieder erobern, und zweifellos würden die Friedensbedingungen durch die Alliierten gemildert werden, wenn die ersten, außergewöhnlichen Forderungen ihrer Völker allmählich vergessen würden.

Jetzt kommt das Erwachen, und die erste Erkenntnis ist die Tatsache, daß die Mark im Auslande weniger als 2 Pence wert ist, und sie mag bald noch weniger wert sein. Die erwarteten Anleihen haben sich nicht verwirklicht. Kaffee, Tabak, Reis, Zucker, Milch und alle ausländischen Rohmaterialien sind zehnmal so teuer als vor dem Kriege und, während sie im Vergleich zu den Kriegspreisen vor zwei Monaten billiger wurden, steigen sie jetzt wieder mit jedem Fallen der Mark. Kaufleute wagen nur greifbare Waren zu kaufen, weil sie nicht voraussehen können, was ihre Waren kosten werden, wenn sie zwei Monate später ankommen. Fabrikanten, welche große Unternehmungen geplant hatten, finden nun, daß die Waren, welche sie im Juni kauften, zu einem Kurs zu 60, wie sie dachten, bei Ankunft derselben nach einem Kurs von 130 berechnet werden müssen, und ihre Verkaufspreise und ihr Handel sind unorganisiert. In der Tat würden ihre Exportpreise viel niedriger sein als die der übrigen Welt, da die Arbeitskosten verhältnismäßig nicht so steigen wie der auswärtge Kurs, aber der heimatliche Bedarf braucht zur Zeit alle Erzeugnisse auf, und die Zukunft ist zu unsicher, um Unternehmungen größeren Stiles zu rechtfertigen.

Die Arbeit hat den Achtstundentag erlangt und ist vergiftet durch bolschewistische Theorien. Je weniger Arbeit für den Mann, desto mehr Männer für die Arbeit, so daß die Arbeiter in ihren Fabriken faulenzen und jedesmal extra Bezahlung verlangen, sobald sie Zeichen eines neuen Kontraktes herannahen sehen.

Und so rollt der Schneeball des Bankerottes weiter, alles mit sich nach unten ziehend, während die sozialistische Regierung, welche der Ausführung ihrer utopistischen Ideen gegenübersteht, die sie jahrelang gepredigt hat, redet und nichts erreicht. Blindlings und doch mit vielen Anzeichen des Gedeihens treibt das Land zu einem weit schlimmerem Ruin, als wenn seine Feinde zur Hauptstadt marschiert und als Sieger die Ein- und Ausfuhr bewacht hätten. In diesem Falle würde der nationale Geist das Unglück überlebt haben, jetzt ist kein nationaler Geist mehr vorhanden, und die ganze Nation ist zerfallen, moralisch und kaufmännisch, und es fehlt ihr die starke, regierende Hand, welche sie vor dem Kriege beherrschte und welche sie so unnötig in jenen größten aller Fehler führte.

Und nun, wohin steuern wir selbst? Wie soll unsere Entschädigung bezahlt werden? 5000 Millionen Pfund ist unsere erste Abschlagszahlung, und wir rechnen mit ihr oder doch zu einem beträchtlichen Teil, um unsere Steuern zu erleichtern und unsere hohen Schulden zu vermindern. Und so schnell, wie wir unsere erhofften Millionen zählen, verdampfen sie mit dem Sinken der Mark. Wir können die deutsche Nation nicht versklaven, sondern wir müssen unsere Bezahlung in Geld haben, englischem, französischem und belgischem Geld, und um dies zu erreichen, muß der Deutsche den sechsfachen Betrag bezahlen, weil die Mark nur ein Sechstel ihres normalen Wertes hat, mit anderen Worten: 600 000 Millionen Mark, anstatt 100 000 Millionen Mark oder 8000 Mark für jeden Mann, Frau und Kind in dem Lande, sagen wir: jeden Pfennig von 2 Jahren durchschnittlichen Verdienstes.

Es ist Zeit, daß wir aufwachen und uns vorstellen, daß der Bankerott Deutschlands bedeutet: Keine Bezahlung der Schulden, kein Export von uns nach dort und keine Entschädigung für die Alliierten. Und der Fall der Mark ist das sichere Zeichen von dem Bestehen und dem Fortschreiten dieser Gefahr.

Das Schlimmste von allem ist, daß der Deutsche keinen Ausweg und keinen Rat sieht. Sie sagen, daß Noske, der gepriesene starke Mann, sich als nicht von dieser Art erwiesen hat, und daß die neue Form der sozialistischen Regierung ein gänzlicher Fehlschlag ist und daß tatsächlich nur die alte autokratische Regierung (gereinigt vom Militarismus) für ein Land geeignet ist, welches vom frühesten Zeitalter an gewöhnt ist, regiert zu werden, aber nicht, sich selbst zu regieren. So seufzen sie nach einem starken Mann, der die Zügel ergreift und sie aus dem Schlamm herauszieht, aber er erscheint nicht.

Der Bankerott einer Nation ist eine Katastrophe für die Welt, und der einzige Ausweg, der sich von selbst ergibt, ist eine vereinigte finanzielle Aktion, den Kurs zu festigen und mit der der deutschen Regierung Verträge abzuschließen, daß sie den Export der Mark durch Deutsche verbietet, da kein Zweifel besteht, daß große Mengen der deutschen Mark aus Deutschland herausgewandert sind, um die vorgeschlagene, erwartete Besteuerung des Kapitals zu vermeiden.

Fort mit der Zensur — Her mit dem — Schmutz!

Von Otto Rippel, Hagen.
Mitglied der Preußischen Landesversammlung.

Eine der ersten Heldentaten der ruhmbedeckten Revolutionsregierung war der Erlaß des „Rates der Volksbeauftagten vom 12. November 1918." „Mit Gesetzeskraft verkündet" man die allgemeine Aufhebung der Sittenzensur. Fort mit der alten reaktionären Zensur, in den Orkus mit der Einrichtung eines überlebten Banausen- und Philister-Geistes! Fort mit den Fesseln des Geistes und der Kunst — freie, ungehemmte Entfaltungsmöglichkeit der Kunst in Wort und Bild!

Freiheit! Ach, wie stolz waren die Revolutionsherrschaften, als sie durch diese „positive" Tat den Damm eingerissen, der unserem Volke, zwar nicht die Kunst, wohl aber den dicksten und gröbsten Schmutz vom Markte des Lebens ferngehalten hatte. Geistige Regungen und Bewegungen mit Gesetzesparagraphen niederhalten zu wollen, ist falsch, ebenso falsch ist es, gegen die Kunst mit Polizeimaßnahmen zu Felde gehen zu wollen, weil sie zu „frei" oder gar weil einem „die ganze Richtung" nicht paßt.

Nicht gegen die Kunst, wohl aber gegen das Geschäft mit Schmutz und Unsittlichkeit, das sich seit jenen traurigen Revolutionstagen besonders frech und aufdringlich breit macht, wenden wir uns und fordern Maßnahmen. Unerträglich ist das Gebrüll der Straßenhändler, die uns ihre Wochenschriften mit den „pikanten Enthüllungen aus den Salons von Berlin W", „Das Liebesleben Wilhelms II.", „Enthüllungen über die Homosexualität", des „Bundes der freien Liebe", „Die Geheimnisse aus dem Nonnenlazarett" usw. anpreisen. Alles für 20 bis 25 Pfg. das Stück.

Und in der sogenannten besseren Literatur ist es nicht viel besser. Ist es nicht bezeichnend, wenn kürzlich ein bekannter Münchener liberaler Verleger im Börsenblatt für den deutschen Buchhandel eine Anzeige mit dem Satz beginnt: „Indessen ist ein recht beträchtlicher Teil der deutschen Rotationsmaschinen von der Vervielfältigung alles neuerdings literaturfähig gewordenen Sorten sexuellen Schmutzes in Anspruch genommen . . ." —

Und das Theater des kleinen Mannes, der breiten Masse des Volkes, das Kino? Man sehe sich nur die Ankündigungen der Lichtspielbühnen an. Unter der Marke des Aufklärungsfilms preist man den größten Schmutz an. „Die Gefahren der Straßen" — „Das Mädchen und die Männer" — „Anders wie die Andern" (§ 175) — „die schöne Sünderin" — „Moderne Töchter" — „Halbjungfern" — „Die Tochter der Prostituierten" — „Zwangsliebe im Freistaat" — „Sklaven der Sinnlichkeit"! — — Unter diesen ziehenden Ankündigungen, die von entsprechenden Bildern unterstützt werden, wird dem Volke und besonders der Jugend reine, edle, erhebende Kunst und Aufklärung geboten, die nur ein rückständiger, enggeistiger Philister durch eine Zensur „knebeln" oder verbieten kann.

Seit Monaten ergießt sich eine breite Schlammflut über unser Volk und besonders über unsere Jugend dahin, die es vergiftet und gewissenlosen Schmutzspekulanten die Taschen füllt.

Und die Regierung? Der preußische Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung, Herr Konrad Hänisch, ist als Bilderstürmer gegen die Kaiserbilder in den Schulen zu sehr beschäftigt, um sich um diese traurigen, zum Himmel schreienden Zustände kümmern zu können. Ein Antrag der deutschnationalen Fraktion in der Preußischen Landesversammlung, „die Staatsregierung zu ersuchen, mit Rücksicht darauf, daß nach Aufhebung der Zensur eine Schmutzwelle auf die Jugend in Literatur und Kinos niedergeht, schleunigst wieder die Zensur für Jugendliteratur und Kinos einzuführen", wurde in der Sitzung vom 19. September gegen die Stimmen der Deutschnationalen und des Zentrums abgelehnt. Ein Antrag der Demokraten, die Regierung zu ersuchen, „geeignete Maßnahmen" gegen die Vergiftung der Jugend zu treffen," wurde angenommen.

Neugierig sind wir auf die geeigneten Maßnahmen dieser Regierung. Sie mag sich drehen und winden, wie sie will — will sie wirklich einen schützenden Damm gegen die volksvergiftende Schlammflut in Wort und Bild und Kino aufrichten, so wird ihr keine andere Wahl bleiben, als zu den viel verlästerten Einrichtungen der vorrevolutionären Zeit, zur Zensur zu greifen.

Mit allen wahren Kunst- und Volksfreunden fordern wir gegen diesen ekelhaften Schmutz die Zensur unter der Devise:

„Verbotener Platz für Schundablieferung!"

Eine neue Drohnote.

Die Entente fordert unverzügliche Räumung des Baltikums.

Wie bereits angekündigt, hat die Entente der deutschen Regierung abermals eine Note über die Räumung Kurlands und Litauens zugestellt. Die Alliierten weisen nochmals auf die von Deutschland im Waffenstillvertrag übernommenen Verpflichtungen hin, wonach sämtliche deutsche Truppen, die augenblicklich auf Gebieten stehen, die vor dem Kriege zu Oesterreich-Ungarn, Rumänien oder der Türkei gehörten, unverzüglich hinter die Grenze Deutschlands vom 1. August 1914 zurückgezogen werden müssen.

Auch die Truppen, die sich gegenwärtig auf Gebieten befinden, die vor dem Kriege zu Rußland gehörten, müssen gleichfalls hinter die oben beschriebenen Grenzen Deutschlands zurückgenommen werden. Die deutsche Regierung versucht, so heißt es in der neuen Note der Alliierten, sich obiger Verpflichtung zu entziehen durch einen Bericht, der Gründe aufführt, die die alliierten Mächte nicht als stichhaltig anerkennen können. Die alliierten Regierungen lehnen es insbesondere ab, zuzulassen, daß die deutsche Regierung sich der ihr zufallenden Verantwortung dadurch entzieht, daß sie vorgibt, nicht die Macht zu haben, die im Baltikum stehenden Truppen zum Gehorsam zu zwingen. Sie ersuchen demgemäß die deutsche Regierung, unverzüglich die Zurückziehung der sämtlichen deutschen Truppen, Stäbe und Dienststellen, die sich in den baltischen Provinzen noch befinden, in Angriff zu nehmen und desgleichen die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um alle Deutschen, die nach der Demobilisation Dienste in den russischen Formationen angenommen haben, hinter die obige beschriebene Grenze zurückzuziehen.

„Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, daß sie bis zu dem Zeitpunkt, wo sie festgestellt haben, daß ihrem Ersuchen voll entsprochen wird, keinerlei von der deutschen Regierung unterbreiteten Anträge bezüglich der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen in Betracht ziehen werden.

Sie haben infolgedessen Anweisung gegeben, keinem dieser Anträge stattzugeben. Im übrigen werden die alliierten Regierungen alle finanziellen Erleichterungen, die die deutsche Regierung gegenwärtig genießt, oder die die deutsche Regierung bei den alliierten Regierungen oder deren Angehörigen zu erlangen sucht, ablehnen.

Wenn die deutsche Regierung weiterhin ihren Verpflichtungen nicht nachkommt, werden die alliierten Mächte alle ihr erforderlich scheinenden Maßnahmen ergreifen, um die Ausführung der genannten Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages sicherzustellen."

General von der Goltz abberufen.

Wie erst jetzt bekannt wird, hat die Regierung auch den Oberbefehlshaber der Truppen im Baltikum, General v. d. Goltz, schon in der vorigen Woche abberufen, nachdem seine Bemühungen, die Truppen zur gütlichen Räumung des Baltikums zu veranlassen, erfolglos geblieben sind. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß die deutsche Regierung nichts unversucht gelassen hat, um ihren schon längst erteilten Räumungsbefehl zur Durchführung zu bringen. Da gütliche Mittel keinen Erfolg gehabt haben, so hat, wie bereits mitgeteilt, die Regierung Gewaltmittel anwenden müssen. Es ist bekanntlich die Einstellung der Löhnungszahlungen und des Transportes von Lebensmitteln angeordnet worden. Außerdem ist den ungehorsamen Truppen angedroht worden, daß sie für den Fall weiterer Gehorsamsverweigerung jeglicher Versorgungsansprüche verlustig gehen würden. Die Regierung, die wiederholt darauf hingewiesen hat, daß ihr weitere Mittel nicht zur Verfügung ständen, hat sich außerdem dazu bereit erklärt, eine deutsch-interalliierte Kommission zur Ueberwachung und Durchführung der Räumung in das Baltikum zu schicken. Wenn auch die Note der Entente über die sofortige Räumung des Baltikums kein Ultimatum darstellt, so wird doch das Reichskabinett unverzüglich zu der Note Stellung nehmen und in einer Antwortnote seinen Standpunkt darlegen.

Fortsetzung der Lebensmittelzufuhr.

Zur Richtigstellung muß festgestellt werden, daß die baltische Note der Entente die laufende Lebensmittelzufuhr aus dem Auslande nicht beeinflussen wird. Diese erfolgt auf Grund von lange abgeschlossenen Abmachungen. Die Note ihrerseits nimmt nur auf neue Anträge zur Lebensmittel- und Rohstoffversorgung Bezug. Die in ihr angekündigte Sperre ist somit sozusagen langfristig oder wenigstens auf eine spätere Zeit berechnet, so daß die ganze Lage der Lebensmittel-Versorgung nicht übermäßig zugespitzt wird.

Unterbrechung der Gefangenen-Transporte?

Die französischen Zeitungen lassen keinen Zweifel, worin die Maßregeln der Entente gegen Deutschland bestehen würden. In der vollständigen Einstellung jeder Lieferung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen und in der Unterbrechung der Gefangenentransporte. Die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune" versichert, daß die Vertreter der Großmächte in Paris hinter der Unbotmäßigkeit des Generals von der Goltz einen Versuch der Militärpartei erblicken, die Möglichkeit zur Wiederherstellung der Monarchie in Deutschland offen zu halten. Nach Privatmeldungen, die der Rat der Entente erhalten habe, betrage die Armee des Generals von der Goltz 50 000 Mann. Man befürchtet jedoch, daß es ihm ohne Schwierigkeiten gelingen werde, 300 000 Mann zusammenzubringen für den Fall, daß er ernstlich die Wiederherstellung des Deutschen Reiches und die Annullierung des Versailler Friedensvertrages unternehme.

•

Die bolschewistische Gefahr.

Die Beendigung der Friedensverhandlungen zwischen Lettland und Sowjet-Rußland ist Mitte Oktober zu erwarten. Der Zweck des Abkommens ist lettischen Zeitungsmeldungen zufolge die Vernichtung der antibolschewistischen deutsch-russischen Armee. Die Auflösung der bisherigen von Letten und Esten gehaltenen antibolschewistischen Front steht bevor. Dadurch ist die bolschewistische Gefahr in bedenkliche Nähe gerückt. Wie denkt sich die Reichsregierung erst den Schutz unserer Ostgrenze nach Zurücknahme der deutschen Truppen aus dem Baltikum?

Aus Mitau wird bereits ein schwerer Ueberfall lettischer Truppen in der Nähe von Olai (20 Kilometer nordöstlich der Stadt) auf russische antibolschewistische Abteilungen gemeldet, bei dem es auf beiden Seiten zahlreiche Verluste gab, worauf die Letten sich zurückziehen mußten. Gleichzeitig wurde versucht, die in Mitau stehenden lettischen Soldaten gegen die deutsch-russischen in Marsch zu setzen. Die Regierung Ulmanis fordert das ganze lettische Volk zur Erhebung gegen ihre angeblichen „Unterdrücker" auf. „Jedes Fenster," heißt es in der lettischen Presse, „soll sich in eine Schießscharte verwandeln." Die Lage der deutschen Truppen ist demnach im Augenblick so bedroht, daß nur energische Maßnahmen sie vor Vernichtung bewahren können.

Die Uebergriffe der Belgier.

Die Anordnungen belgischer Behörden in Eupen und Malmedy.

Wie erinnerlich, haben sich die belgischen Besatzungsbehörden in den Kreisen Eupen und Malmedy gegen die deutschen Behörden verschiedentlich große Uebergriffe erlaubt. So hat der Verwaltungskontrolleur des Kreises Eupen an den Landrat dieses Kreises eine Zuschrift gerichtet, in der es heißt, er nehme an, daß sich der Landrat überhaupt nicht mehr um Weisungen von der Berliner Regierung und dem Aachener Regierungspräsidenten kümmere. Hierzu nahm die deutsche Regierung in einer Note vom 1. August Stellung, in der sie ausdrücklich betont, daß ein Eingreifen der belgischen Behörde vor der Ratifikation des Friedens unzulässig sei. Hierzu kommen die Vorgänge auf dem Bahnhof Herbesthal. Dort hatte der belgische Bahnhofskommandant den deutschen Behörden mitgeteilt, sie hätten unverzüglich den Bahnhof und dessen Umgebung zu verlassen, die deutschen Bahnbeamten könnten jedoch unter gleichen Bedingungen wie in Deutschland in belgische Dienste treten. In einer weiteren Note hat die deutsche Regierung die Alliierten, die belgische Regierung möge ihre Behörden auf das Unrechtmäßige ihres Vorgehens hinweisen.

In einer Antwortnote weist der Präsident der Friedenskonferenz Clemenceau darauf hin, daß das Hoheitsrecht über die in Rede stehenden Gebiete tatsächlich auf Belgien übergehen wird, und zwar vom Tage der Unterzeichnung des ersten Protokolls über die Uebergabe der Ratifikationen, falls nämlich die belgische Ratifikation an dem betreffenden Datum übergeben wird. Die belgische Regierung werde also, sobald der Vertrag in Kraft getreten ist, für die Besetzung aller öffentlicher Aemter in den abgetretenen Gebieten zu sorgen haben; unter den Beamten, deren Ernennung sie zu sichern haben wird, befinden sich auch die Eisenbahnbeamten. Wenn die belgischen Behörden bereits jetzt die Maßregeln vorbereiten, die geeignet erscheinen, diese Uebertragung des Hoheitsrechtes künftighin zu erleichtern, beabsichtigen diese Behörden, so fügt Clemenceau höhnisch hinzu, lediglich das Interesse der Bevölkerung (!) der Gebiete wahrzunehmen, welche binnen kurzem unter belgische Hoheit treten werden. Uebrigens sei es in Erwartung des Inkrafttretens des Vertrages den belgischen Behörden vollkommen gestattet, in ihrer Eigenschaft als besetzende Macht in direkte Beziehungen zu den Beamten der preußischen Eisenbahnverwaltung zu treten. Die belgische Regierung weigere sich übrigens nicht, mit der deutschen Regierung in Verhandlungen einzutreten inbetreff der Fragen, welche sich auf die Ausführung des Vertrages in den Kreisen Eupen und Malmedy, in Neutral-Moresnet und in Preußisch-Moresnet beziehen. Sie mache jedoch zur Bedingung, daß die deutsche Regierung nicht beabsichtige, bei dieser Gelegenheit in irgend etwas den Wert der belgischen Hoheitsrechte zu bestreiten.

•

Die Antwort der Entente auf die Noten der deutschen Regierung übersieht geflissentlich, daß der deutsche Verzicht in Artikel 734 ebenso wie der ganze Friedensvertrag noch nicht in Kraft getreten ist. So lange dies nicht geschehen ist, besteht in den Kreisen Eupen und Malmedy die deutsche Souveränität genau so fort wie in den übrigen besetzten Gebieten, und die belgische Regierung hat dort keine anderen Befugnisse, als die der Okkupationsmacht. Die Beweisführung, daß sie bei ihren jetzigen sogenannten „vorbereitenden" Maßnahmen ihre Rechte nicht überschreite und dabei lediglich das „Interesse der Bevölkerung" wahrnehme ist völlig willkürlich und unhaltbar. Sie nimmt vielmehr lediglich ihr eigenes Interesse wahr im Sinne einer Einwirkung auf die in den beiden Kreisen vorgesehene Listenabstimmung.

Aus der Schlußbemerkung der Clemenceauschen Antwort, welche die belgische Verhandlungsbereitschaft zu erkennen gibt, darf man immerhin folgern, daß die belgische Regierung sich tatsächlich bewußt ist, daß von ihren Behörden Uebergriffe begangen worden sind.

Das Abenteuer von Fiume.

Prügelszenen in der italienischen Kammer.

Die Fiume-Debatte in der italienischen Kammer fand einen stürmischen Abschluß. Die Szenen, die sich bei der Abstimmung über die Tagesordnung der Regierung abspielten, überstiegen an Heftigkeit alles, was die an bewegten Sitzungen wahrscheinlich nicht arme Geschichte des italienischen Parlaments zu verzeichnen hat. Der Reformsozialist Marchesani forderte, daß die Kammer die Annexion von Fiume ohne jede Einschränkung gutheißen solle. Der frühere Ministerpräsident Orlando nahm das Wort zur Verteidigung seiner Politik. Derselbe Orlando, der bei seinem Abgang mit Beschimpfungen überhäuft worden war, erntete jetzt den Beifall der Kammermehrheit, als er in geschickter Weise an die patriotischen Gefühle des Volkes appellierte, das an dem italienischen Charakter Fiumes nicht rütteln lasse.

Die Einmütigkeit der Kammer ging bei der Abstimmung vollständig in die Brüche. Während der erste Teil der von der Regierung angenommenen Tagesordnung, der den italienischen Charakter Fiumes feststellt, durch Zuruf angenommen wurde, entfachte die namentliche Abstimmung über den zweiten Teil, der ein Vertrauensvotum für die Regierung forderte.

Sie suchet nicht das Ihre.

(Erzählung von Lilli Gottfried.)

Die Begrüßung zwischen ihr und Bardey war wieder wie in alten Zeiten, nur vielleicht von seiner Seite etwas herzlicher und — ein ganz klein wenig ehrfürchtig. —

Es war eine schöne Stunde, die diese vier gleichgesinnten Menschen zuguterletzt zusammen verleben durften. Aber sie war nur zu schnell vorbei, und nun galt's, Abschied zu nehmen. Fürs Leben?

„Nicht wahr, ich darf je und dann einmal wiederkommen und schauen, wie es Ihnen geht?" fragte Bardey, und Gurlitts sagten wie aus einem Munde:

„Aber natürlich! So oft Sie können. Wir würden Ihnen sehr böse, wenn Sie 's nicht täten."

Dora sagte nichts, aber sie freute sich schon jetzt auf das Wiedersehn. Bardey geleitete sie bis an das Tor der Villa, ein fester Händedruck, ein inniges „Gott befohlen!" herüber und hinüber, — und sie waren geschieden. —

Als der nächste Morgen graute — im Städtchen lag noch alles in tiefem Schlaf —, fuhr der neue Pfarrer schon dem ländlichen Pfarrhaus entgegen, das fortan seine Heimat sein sollte.

Heimat? Das Herz ward ihm schwer. Ob er jemals eine Heimat finden würde auf Erden? Auch er hatte keinen Vater und keine Mutter mehr, keinen Bruder und keine Schwester. Ganz allein stand er auf der weiten, weiten Welt. Der Aufenthalt in K. hatte es ihn vergessen lassen. Dort hatte er Vater, Mutter und Schwester gefunden, viel treue Liebe, die er jetzt dahintenlassen mußte. Wie einsam würde es um ihn sein in dem großen, leeren Pfarrhaus! Wie lange? . . Ob er wohl je sie würde heimführen dürfen, die Gespielin seiner Kindheit, die Geliebte seiner Jugend, seine schöne, stolze Gertrud? . . . „Wie Gott will!"

* * *

Jahre waren vergangen. Pastor Gurlitt hatte sein Amt niedergelegt und war mit seiner Frau aufs Land gezogen. Dora war der Abschied von ihnen sehr schwer geworden. Am liebsten wäre sie mit ihnen gezogen oder hätte wenigstens in ihrer Nähe eine Stelle angenommen. Aber sie hatte der vor einem Jahre heimgegangenen Majorin versprochen, bei ihren Kindern zu bleiben, solange es ihr möglich sei. So war sie geblieben. Oft wurde es ihr weh ums Herz, wenn sie an frühere Zeiten gedachte. Dann stand sie abends an ihrem Fenster und sah zum Pfarrhaus hinüber, das all ihr Glück geborgen hatte. Eine große, heiße Sehnsucht lag in ihrem Blick, und ihre Gedanken besuchten die Lieben in der Ferne. Sie sah sie deutlich vor sich, die beiden Alten in dem stillen, friedlichen Gemach. Die Vorhänge waren zugezogen, und über dem runden Sofatisch brannte die verschleierte Hängelampe. Die Pastorin strickte, und der Pastor rauchte behaglich seine lange Pfeife, und sie sprachen — Dora hörte es deutlich — von alten Zeiten und vergangenen Tagen, von der Kirche in K. und dem alten lieben Pfarrhaus, von dem rauhschaligen, warmherzigen Major und seiner so früh heimgerufenen Gattin, von Dora Ribbers und Fritz Bardey. „Fritz Bardey!" Leise, innig sprach Dora den Namen, und das Landhaus mit seinen Bewohnern entschwand vor ihren Blicken, und an seine Stelle trat ein einsames, hohes Studierzimmer. Von der Einrichtung hatte sie kein klares Bild, nur den einsamen Mann am Schreibtisch sah sie, der an seiner Predigt arbeitete und der seit Jahr und Tag allein hier wohnte, allein mit der Sehnsucht und dem Heimweh, die in den Ecken und Winkeln kauerten. Jetzt stand er auf und trat auch ans Fenster, und sie sah ihm in die Augen, — aber er sah sie nicht. Er dachte wohl an seine Liebste und den Traum seiner Jugend. —

Wer war sie, um deretwillen er einsam blieb? Und warum konnten sie nicht zusammenkommen? Dora hätte ihn so gern glücklich gesehen. Wie hatte ihr sein Blick ins Herz geschnitten, als sie ihn zuletzt bei Gurlitts sah! Fast ein Jahr war's her, aber sie konnte den Ausdruck nicht vergessen. Es hatte etwas so unendlich Wehes darin gelegen, daß ihre Augen sich verdunkelten, so oft sie daran dachte. „O Herr, mach' ihn doch glücklich!" flehte sie. „Ich will ja nichts für mich; aber für ihn bitt' ich dich: gib ihm, was sein Herz begehrt, — wenn's sein kann!"

Am Tage hatte Dora keine Zeit, ihren Gedanken nachzuhängen. Die Kinder nahmen sie ganz in Anspruch. Sie war ihnen Lehrerin und Mutter zugleich. Wußte sie doch, wie's tut, keine Mutter mehr zu haben, und wie das Kindesherz verschmachten muß ohne Liebe. Die Kinder hingen an Dora fast mehr als an ihrem Vater. Der war damit wohl zufrieden. Er hätte nicht gewußt, was er ohne Dora mit den drei Wildfängen hätte anfangen sollen. Schlimm genug war's schon — und er mochte gar nicht daran denken —, daß er sie die fünf Ferienwochen im Sommer entbehren sollte. Und doch hatte er selbst es mit den alten Gurlitts ausgemacht, daß Dora die Ferienzeit bei ihnen verleben sollte. Dora hatte keine Ahnung davon, bis zwei Tage vor den Ferien die jüngste Schwester des Majors erschien, um ihre beiden Nichten mitzunehmen. Der Major erklärte, er werde mit seinem Sohn einen befreundeten Gutsbesitzer besuchen, und Dora sei vollkommen überflüssig. Sie könne einmal sehen, wie es ihren alten Pflegeeltern ergehe. Dora war glückselig. Ganz heimlich hatte sie sich diese Reise gewünscht, aber nicht gewagt, darum zu bitten. Nun war sie doppelt dankbar.

(Fortsetzung folgt.)

Tumultszenen von unerhörter Heftigkeit. Es entstand eine allgemeine Prügelei, an der mindestens fünfzig Abgeordnete teilnahmen. In dem Durcheinander wurden vielen Abgeordneten die Kleider vom Leibe gerissen. Die Abstimmung konnte erst gegen Mitternacht zu Ende geführt werden. Die Regierung erhielt zwar eine Mehrheit von sechzig Stimmen, doch dürfte die geringe Mehrheit den Ministerpräsidenten Nitti veranlassen, eine Umbildung des Kabinetts in Erwägung zu ziehen.

Sozialistische Gegendemonstration.

In Rom fanden große sozialdemokratische Demonstrationen gegen das Abenteuer von Fiume statt. Unter dem Ruf: Nieder mit dem Krieg! durchzogen die Massen, Abgeordnete und Parteiführer an der Spitze, die Straßen der Stadt. Gegen das „Giornale d'Italia" wurden unter dem Rufe Nieder mit Sonnino! besonders heftige Demonstrationen gerichtet. Der sozialistische „Avanti" schreibt dazu, daß das römische Volk endlich wieder Herr der Straße sei und seine Macht für die Unschädlichmachung der Nationalisten und der Militärklique rücksichtslos benützen werde. Das Blatt glaubt an eine baldige Auflösung der Kammer, die sich als zur Lösung der Lage unfähig erwiesen habe.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 30. September 1919.

Kleine Anfragen.

Die Vorlage über die Zahlung einer einmaligen Teurungszulage für die preußischen Beamten war auch heute immer noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Bekanntlich ist die Beihilfe an die Reichsbeamten bereits zur Auszahlung gelangt. Dies gab dem Abg. Meyer-Herford (D. Vp.) Veranlassung, auf diesen Mißstand aufmerksam zu machen und eine umgehende Verabschiedung der Vorlage zu befürworten. Nachdem die Vorlage über die Deckung eingegangen ist, wird auch die Angelegenheit umgehend zur Beratung gelangen.

Nach dieser kurzen Geschäftsordnungsdebatte gab es eine ganze Menge kleine Anfragen, von denen u. a. die Anfrage über die Besetzung des Kölner Polizeipräsidentenpostens besondere Beachtung verdient. Auf die Anfrage des Abgeordneten Dr. Moldenhauer (D. Vp.) warum der Kölner Polizeipräsident v. Glasenapp einem sozialdemokratischen Parteisekretär hat weichen müssen, antwortet ein Regierungsvertreter: Die Besetzung erfolgte aus dienstlichen Gründen. (Lachen rechts.) Der Nachfolger des Herrn von Glasenapp steht seit langer Zeit in der rheinischen Arbeiterbewegung, hat große Erfahrung und ist mit den örtlichen Verhältnissen besonders vertraut.

Erwähnung verdient auch noch eine Anfrage über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien. Die Antwort lautete dahin, daß wegen des Abtransportes mit der amerikanischen Regierung Verhandlungen im Gange seien, außerdem sei ein Liebesgabentransport abgegangen, der auch Briefe mit sich führe.

Hierauf wurde

die zweite Beratung des Staatshaushaltsplanes für das Finanzministerium

fortgesetzt.

Im Verlauf der Debatte verteidigte der Landwirtschaftsminister Braun seine Verordnung über den Abschluß von Tarifverträgen mit den Landarbeitern, die zur Sicherung der Ernte notwendig gewesen seien. Der erstrebte Erfolg sei eingetreten. Die Beunruhigung, die diese Verordnung angeblich in ländlichen Kreisen hervorgerufen habe, sei von einer gewissen Presse künstlich erregt. Die Verordnung werde aufgehoben werden, sobald keine Gefahr mehr für unsere Ernte bestehe.

Auf Brauns Ausführungen folgte eine zweite Ministerrede. Finanzminister Südekum stellte fest, daß das Steueraufkommen im letzten Jahre eine erfreuliche Vermehrung erfahren habe, doch habe dies nur nominelle Bedeutung. Die Eisenbahnen haben 10 bis 13 Millionen täglich Fehlbetrag, Preußens Finanzen könnten demnach in weniger als einem Menschen alter gesunden, wenn nicht die unerhört grausamen, beinahe aberwitzigen finanziellen Forderungen des Friedensvertrages dies verhinderten. Die Reichsregierung sehe sich verpflichtet, soweit es ihr möglich, die Bedingungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Die Landesregierungen müssen sie hierin unterstützen.

Die Nationalversammlung.

— Berlin, 30. September.

Die deutsche Nationalversammlung ist am Dienstag zum ersten Male in dem gesäuberten Reichstagsgebäude zusammengetreten. Monatelanger Arbeit hatte es bedurft, um die Spuren der ersten Revolutionstage zu beseitigen. Zunächst mußte eine gründliche Säuberung vorgenommen werden. Außerdem war die Einrichtung durch die Einquartierung der Soldateska arg mitgenommen. Stühle und Sessel, aus denen rohe Hände die Lederstücke herausgeschnitten hatten, sind ausgebessert. Das Innere des Gebäudes ist fast unverändert, und nur wenige Spuren, so u. a. die Beseitigung der schwarz-weiß-roten Fahne in der Wandelhalle erinnern an die wilden Novembertage.

Nachdem die beiden ersten Hauptaufgaben, der Abschluß des Friedens und die neue Reichsverfassung in Weimar erledigt worden sind, verbleibt der Nationalversammlung jetzt noch als letzte dringende Aufgabe die Verabschiedung der Steuergesetze, mit der sich bereits die Ausschüsse eingehend beschäftigen.

Präsident Fehrenbach eröffnet die heutige Sitzung mit einer kurzen Begrüßungsansprache. Der Präsident gedachte alsdann des schweren Verlustes, den die Nationalversammlung durch den Tod des Abg. Naumann erlitten hat. Das Haus erhob sich zu Ehren des Andenkens des Heimgegangenen. Hierauf trat das Haus in die Tagesordnung ein. Nicht weniger als siebzehn kleine Anfragen wurden beantwortet. Hierauf beschäftigte sich das Haus mit der Beratung des Tumultschädengesetzes.

Der Notetat, in dem neben einer Forderung von 133 334 000 Mark für Kriegsteuerungszulagen an Beamte, Lohnangestellte und Ruhegehaltsempfänger ein neuer Kredit von 15 Milliarden Mark angefordert wird für die Ausführungen des Friedensvertrages, insbesondere für den Wiederaufbau sowie für sonstige Aufwendungen wurde in allen drei Beratungen bewilligt.

Deutsches Reich.

— Wie verlautet, sollen demnächst vom Reichswirtschaftsministerium Maßnahmen zur Verhinderung der übermäßigen Einfuhr von Genußmitteln wie Tabak und Schokolade ergriffen werden.

— Der Zolldienst an der Saargrenze beginnt. Zollgrenze ist Türkismühle, auf dem Landwege Leitersweiler bei St. Wendel. Das ganze Gebiet untersteht dem Hauptzollamt Kreuznach.

— Der preußischen Landesversammlung ist der schon angekündigte Entwurf zugegangen, der der Staatsregierung einen weiteren Betrag bis zu 550 Millionen Mark zur Verfügung stellt, um Gemeinden zur Erleichterung ihrer Ausgaben für Kriegswohlfahrtszwecke sowie zur Verbilligung von Lebensmitteln Beihilfen zu gewähren.

— Auf Anordnung des preußischen Staatsministeriums sind bis zur Durchführung des Friedensvertrages alle laufenden Verwaltungsausgaben für das Memelgebiet ohne Rücksicht darauf zu leisten, daß nach dem Friedensvertrage das Memelgebiet von Deutschland abgetreten wird. Desgleichen sollen die vorhandenen preußischen Behörden bis zur Durchführung des Friedensvertrages grundsätzlich unverändert bestehen bleiben.

— Generalquartiermeister Gröner wird, nachdem er nach Auflösung des Großen Hauptquartiers von seinem Posten geschieden ist, in Schwäbisch-Gmünd, der Heimat seiner Gemahlin, Aufenthalt nehmen.

— General Ludendorff läßt die Nachricht des „Vorwärts", daß er die Honorare, die er für sein Buch erhalten, den Kriegsverletzten und Kriegshinterbliebenen überwiesen habe, dementieren.

*

:: **Entwurf eines deutsch-polnischen Abkommens.** Zwischen den Vertretern der deutschen Regierung und den Mitgliedern der polnischen Delegation wurde der Entwurf eines Abkommens über die Gewährung einer Amnestie und die Freilassung sämtlicher Kriegsgefangener und etwa nach Internierter festgestellt. Desgleichen wurden die deutschen Anträge in den Fragen der Option Liquidation und des Minoritätenschutzes mit Ausnahme der Schul- und Kirchenfragen den polnischen Vertretern mitgeteilt. Für Mittwoch oder Donnerstag ist eine Entscheidung über den Entwurf des Abkommens und die Antwort der polnischen Delegation auf die deutschen Vorschläge zu erwarten. Ferner hat die polnische Delegation auf eine deutsche Anfrage zugesagt, daß der Verbringung von Umzugsgut deutscher Beamten aus den von Polen besetzten Gebieten nach Deutschland kein Hindernis in den Weg gelegt werde. Es sei nur eine Anmeldung bei den zuständiger Stellen erforderlich. Nach Mitteilungen der interalliierten Militärmissionen hat die polnische Regierung die sofortige Rücklieferung der aus Oberschlesien verschleppten Deutschen verfügt.

:: **Die Aufhebung des Bankgeheimnisses.** Der Ausschuß der Nationalversammlung für die Reichsabgabenordnung erledigte den § 175 (Befugnis der Finanzbeamten zum Betreten von Grundstücken und Räumen der Steuerpflichtigen). Ein Zentrumsmitglied hatte die Aenderung beantragt, daß das Betreten nur zulässig ist, um im Steuerinteresse an Ort und Stelle nötige Abschätzungen innerhalb der üblichen Geschäfts- oder Arbeitsstunden vorzunehmen. Weiter wurde vom Zentrum beantragt, daß der Steuerpflichtige Wertsachen auf Verlangen vorzulegen und Einsicht in die Behältnisse zu gewähren oder zu verschaffen hat, in dener er sie aufbewahrt. Beide Zentrumsanträge wurden angenommen. Unverändert angenommen wurde § 177 (Vernehmung von Zeugen vor dem Finanzamt im Steuervermittelungsverfahren, insbesondere Vernehmung von Angestellten). Ebenso wurde angenommen § 181, wonach die Verpflichtung öffentlicher Behörden und Beamten einschließlich der Beamten der Reichsbank, der Staatsbanken und der Schuldbuchverwaltungen zur Verschwiegenheit nicht für ihre Auskunftspflicht gegenüber den Finanzämtern gilt. Nur die Post- und Telegraphenbeamten bleiben ausgenommen.

:: **Der preußische Minister des Innern für ein Groß-Thüringen.** Wie der meiningensche Staatssekretär bekannt gibt, hat sich der preußische Minister des Innern Heine bezüglich des Anschlusses der thüringischen Staaten an Preußen dahin ausgesprochen, daß ein solcher in Frage kommen könne, wenn ihn sämtliche thüringischen Staaten vollzögen. Der preußische Minister erklärte ausdrücklich, daß er die Schaffung des großthüringischen Staates unter Einbeziehung des Stadt- und Landkreises Erfurt als das Zweckmäßigste halte. Sein Bestreben werde es sein, die in preußischen Gebietsteilen herrschenden Widerstände zu beseitigen und den Zusammenschluß zu ermöglichen.

:: **Heimkehrende deutsche Kriegsgefangene für Ruhe im Lande.** 2500 im Durchgangslager Altengrabow anwesende deutsche Kriegsgefangene lassen der Presse folgende Erklärung zugehen:

„Durch neue Unruhen im Lande wird die Heimsendung unserer in Frankreich gefangen gehaltenen Kameraden gefährdet, unser Vaterland in immer größeres Elend gestürzt und unsere gefangenen Kameraden der Verzweiflung und dem Verderben preisgegeben. Wer es selbst durchgemacht hat, weiß, welche Gefahren und welches Elend ein Winter für in Gefangenschaft Schmachtende bedeutet. Wir erklären deshalb nochmals, voll bewußt der Tragweite dieser Kundgebung: Wir wollen Ruhe im Lande, um unsere Kameraden aus der Gefangenschaft zu befreien, und, wenn nötig, werden wir die Regierung mit allen Kräften unterstützen."

:: **Die erhöhte Spielkartensteuer.** Das Spielkartensteuergesetz vom 10. September 1919 tritt am 1. November d. J. in Kraft. Zu beachten ist, daß die im Gesetz vorgesehene Nachversteuerung bereits rückwirkend am 16. Mai d. J. einsetzt, das heißt, sämtliche Fabrikanten von Spielkarten sind gehalten, die seit dem 16. Mai versteuerten Spielkarten nachträglich der erhöhten Spielkartenbesteuerung zuzuführen. Die Fabrikanten können die Nachsteuerbeträge, die bei ihnen erhoben werden, sich nach § 38 des Gesetzes von ihren Abnehmern zurückerstatten lassen.

:: **Keine Verringerung der Heeresausgaben.** In dem vom Haushaltsausschuß der Nationalversammlung bewilligten Notetat befindet sich unter anderem die Summe von 1.439 Milliarden für die Reichswehr. In der Debatte führte auf Anfrage der Reichswehrminister aus, daß die berechtigte Verringerung der Heeresausgaben nicht habe eintreten können im Hinblick auf die Vorgänge im Osten. Statt Abbau eintreten zu lassen, müßten dorthin mehr Leute geschickt werden, um heimatliche Gebiete gegen Einfälle von Bolschewisten zu sichern. Die spartakistischen Unruhen in Oberschlesien erforderten ebenfalls ein stärkeres Aufgebot an Reichswehr. Die Ruhe sei durch ihre Hilfe wiederhergestellt, und die Kohlenförderung sei im Steigen. Bei den Heereskosten seien noch die Ausgaben für die zur Entlassung kommenden zahlreichen Soldaten und Gefangenen eingestellt.

Rundschau im Auslande.

* In Polen wurden infolge des Kohlenmangels die Betriebe sämtlicher Papierfabriken eingestellt.

* Nach einer Mitteilung des früheren Finanzministers beträgt das Defizit in der Tschecho-Slowakei sechs Milliarden Kronen.

*

Polen: Die Abstimmung im Teschener Gebiet.

* Der Oberste Rat der Alliierten hat der tschechischen und polnischen Regierung seine Entscheidung über die Abstimmung im Teschener Gebiet bekannt gegeben und hinzugefügt, daß in den zwei Bezirken des strittigen Gebietes die Abstimmung nach Räumung durch die tschechischen und polnischen Truppen unter der Kontrolle einer alliierten Kommission stattfinden wird. Die Kommission wird in der nächsten Zeit bestimmt werden. Den polnischen und tschechischen Vertretern ist eine beratende Stimme zuerkannt worden.

Rumänien: Militärregierung in Rumänien.

* Nach einem Privattelegramm des „Temps" aus Bukarest ist nun die Ministerkrisis als gelöst zu betrachten. Der Kriegsminister des Kabinetts Bratianu, General Voitoianu, habe es übernommen, das Kabinett zu bilden. Er habe sich der Mitarbeit mehrerer Generale, sowie von Vertretern Siebenbürgens, Beßarabiens und der Bukowina versichert. Das Ministerium habe sich außerhalb der Parteien gebildet. Mit Ausnahme des Ministeriums des Aeußern befinden sich sämtliche Porteseuilles in den Händen von Generalen. Zum Minister des Aeußern wurde der gewesene Gesandte in London, Misu, ernannt, welcher auf der Friedenskonferenz als Delegierter Rumäniens fungierte. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die neue Regierung in der äußern Politik diejenige Brantianus weiter verfolgen, nämlich den Widerstand gegen den Friedensvertrag in seiner heutigen Form.

England: Der Eisenbahnerstreik.

* Der sozialistische „Daily Herald" erklärt, daß man glaubt, daß die Verwendung von Militär zu einem Ausstande der Transport- und Grubenarbeiter führen könne. Es streiken bereits jetzt 80 000 Mann. Fast alle Fabriken mußten schließen. Die Nahrungsmittelrationen sind überall herabgesetzt worden. Man ist tatsächlich wieder zu den Kriegsrationen zurückgekehrt. Die „Westminster Gazette" vernimmt, daß die Eisenbahndirektion bereits vor einiger Zeit einen Plan gefaßt hat, um Nahrungsmittel im Falle eines Eisenbahnerstreiks heranzubringen, um namentlich die arbeitswilligen Beamten so gut wie möglich zu schützen. Dieser Plan bezog sich nicht nur auf den Nah-, sondern auch auf den Fernverkehr. Wegen der großen Stauung im Verkehr nach und von dem Kontinent wird vom Montag mittag ab die englische Post nach Havre durch Flugzeuge befördert.

Vereinigte Staaten: Der kranke Wilson.

* Nach Nachrichten aus Washington ist Wilsons Zustand unverändert. Man glaubt, daß er in absehbarer Zeit nicht im stande sein wird, seine Arbeit wieder aufzunehmen. Die Arbeiterkonferenz am 6. Oktober wird ohne ihn eröffnet werden müssen, und auch das belgische Königspaar wird er bei seiner Ankunft nicht begrüßen können.

„Die neue Jugend und Christus".

In wievielen Zeitschriften und Abhandlungen stoßen wir auf das obige oder auf ähnliche formulierte Themata, sei es aus den Kreisen der Jugend selbst — dann spürt man es am Ringen um den Ausdruck, am sorgfältigen Abwägen, um sich nicht auf „dogmatische" Wendungen festzulegen, am Lossagen von dem, was den Alten lieb und unersätzlich erscheint, am Schürfen um das Tiefste, — kommt es von den Alten, dann spricht entweder Besorgnis und Liebe, daß man glaubt, der Jugend ein Warner sein zu müssen, oder die Freude, daß sich jetzt endlich die Jugend freigemacht habe von dem Toten, das solange in der Welt sein Scheinleben führte. Und mancher stellt sich begeistert und jugendlichen Geistes in das Neue hinein. Was ist es nun um das Neue, um das Ringen der Jugend um die Wahrheit, um das Letzte, um Gott? Wer nur von ferne steht und mißtrauischen Auges beobachtet, wird viel Flaches, Verkehrtes und Abstoßendes sehen; wer aber selber drinsteht, sieht oft nur das Gute und nicht seinen Schatten! Es ist so schwer, da irgendwie zu urteilen. Es sind doch eben zwei Richtungen. — Und die Neuen bitten da um Vertrauen und Freimütigkeit. Sagt ihr Alten nur eure Bedenken, aber versucht uns nicht mit ein paar Worten abzutun oder andere zu vergiften. Gott führt uns vielleicht andere Wege, die oft so bitter schwer sind. Legt uns da nicht noch Steine hin! Es ist der neuen Jugend in ihrem guten Teil doch bitter ernst um ihr Suchen, um ihr Ringen nach Gott. Es hat sich so oft gezeigt, daß die Alten und die Neuen doch im Innersten sich verbunden wissen — im Glauben an den rettenden und sündentragenden Heiland, der sein Leben um unserer Sünde willen ließ. Von all dem konnte man einen lebendigen Eindruck bekommen, wenn man an der 1. Treubundtagung ehemaliger B. Kler in Kassel zu Pfingsten teilnahm. Anfangs schien eine Einheit, ein Sich-Finden ausgeschlossen, bis das Innerste, Vereinende zum unwiderstehlichen Durchbruch kam. So ist dort der Reichstreubund ehem. B. Kler ins Leben getreten. Auch er will seine Tore weit öffnen und jeden zu den Seinen zählen, der das unbedingte Ringen nach einer letzten Wahrheit hat. Darum gilt es kein persönliches Bekenntnis abzulegen, keine verpflichtende Formel zu unterschreiben — wir wollen eine Kampfgemeinschaft sein. Gemeinsames Finden und gemeinsame Tat sind Ergebnisse gemeinsamen Ringens und Sehnens-Gemeinschaft. Darum wendet sich der Treubund auch an alle Jugend, die sich dieses Zieles bewußt ist, an die ehemaligen B. Kler und deren Freunde! Auch der Treubund soll im neuen Gewande dem alten und ewig neuen Evangelium

den Weg bahnen unter Deutschlands gebildeter Jugend. Der Herr, der die B. Kler bisher so reich gesegnet hat, wird auch hier seinen Segen schenken, wenn man sich nicht von Ihm trennt und eigene Wege geht, nachgebend den Forderungen des Bösen in der Welt im verschiedensten Gewande! Die Satzungen des **Treubundes** lauten:

Wesen und Ziel.

Der Bund umschließt ehemalige B. Kler und ihre Freunde.

Sein Ziel ist die Befreiung von aller Schuld und Führung zu neuem Leben für den einzelnen durch Jesus Christus und die Förderung der Gemeinschaft mit ihm.

Er fordert von seinen Mitgliedern Kampf um Wahrheit und Reinheit.

Die es vermögen, ruft er zu christlichem Wirken vor allem im Bund und im B. K. auf.

Er erstrebt ein Zusammenleben der Jugend entsprechend, ihrem tiefsten Sehnen will er dienen.

Aufbau.

Die Mitgliedschaft für das laufende Jahr wird erworben durch Anmeldung bei der Bundeskanzlei, die die Mitgliedskarte nach Eingang des Jahresbeitrages ausfertigt.

Jahresbeitrag: 4,— ℳ für Mitglieder, die in Ortsgruppen vereinigt sind; 6,— ℳ für sonstige Mitglieder (Einzelmitglieder).

Ausscheiden: Durch schriftliche Abmeldung bei der Bundeskanzlei.

Ortsgruppen sind Zusammenschlüsse von mindestens fünf Treubundmitgliedern.

Die Ortsgruppen haben in der Ausgestaltung ihres Lebens im Sinne des Treubundziels volle Freiheit und Selbständigkeit.

Nicht an Ortsgruppen angeschlossene Mitglieder gelten als Einzelmitglieder.

Ortsgruppen und Einzelmitglieder vereinigen sich zu Gauverbänden. Die Einteilung der Gaue folgt im allgemeinen der der B. K.-Landesverbände. Ausnahmen: im Einvernehmen mit dem Arbeitsausschuß.

Ortsgruppen und Einzelmitglieder, die nicht zu einem Gauverband gehören, werden vom Arbeitsausschuß zu einem Sammelgau vereinigt.

Der Gau wählt aus Ortsgruppen und Einzelmitgliedern den Gauvorstand, der die Geschäfte des Gaues führt und den geschäftlichen Verkehr mit der Bundeskanzlei vermittelt.

Jeder Gau sendet für jede angefangene 50 seiner Mitglieder durch seinen Gauvorstand einen Vertreter in den Treubund-Reichsvorstand, dem auch der Geschäftsführer angehört.

Der Treubundreichsvorstand verteilt die Ämter unter sich und wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und einen fünfgliedrigen Arbeitsausschuß, der sein ausführendes Organ ist.

Der Vorsitzende des Reichsvorstandes ist gleichzeitig Treubund-Reichsvorstand, dem auch der Geschäftsführer angehört.

Der Vorsitzende des Reichsvorstandes ist gleichzeitig Treubund-Reichsobmann und Vorsitzender des Arbeitsausschusses.

Die Bundeszeitschrift ist die Treuburg, die jedem Mitglied kostenlos geliefert wird.

Jährlich ist vom Treubund-Reichsvorstand für sämtliche Mitglieder ein Treubundtag einzuberufen.

Verschiedenes.

Reichsarbeiterausschuß der Deutschnationalen Volkspartei.

Eine wichtige Sitzung des Reichsarbeiterausschusses fand in Elberfeld für die westdeutschen Arbeiterführer statt. Der Vorsitzende, Arbeitersekretär Hartwig-Bethel, machte eröffnend die Anwesenden mit den Aufgaben und Zielen der Konferenz bekannt. Arbeitersekretär Hein-Barmen berichtete sodann über die Stellung der Deutsch-nationalen Volkspartei bei der Neuordnung der Politik und die Wirkung dieser Haltung auf die Arbeiterschaft im allgemeinen und auf die deutsch-national gesinnte im besonderen. Der Vortrag löste eine lebhafte Besprechung aus. In einem zweiten Vortrag schilderte Arbeitersekrtär Hartwig „Die Aufgaben des Reichsarbeiterausschusses der Deutsch-nationalen Volkspartei und die nächsten Wahlen". Die Parteileitung sei in erfreulicher Weise den Wünschen der Arbeiterschaft entgegengekommen. Eine eigene zentrale Geschäftsstelle mit einem Geschäftsführer, dem Generalsekretär Paul Rüffer, sei errichtet. Der Geschäftsführer sei bereits lebhaft an der Arbeit, um überall die Organisation der Arbeiterausschüsse innerhalb der Partei zur Durchführung zu bringen. Mit der Parteileitung bezw. den Leitungen der einzelnen Landesverbände sei in Fühlung zu treten, um einen gerechten Anteil der Arbeiterschaft in der Verteilung der Ernstmandate bei den kommenden Wahlen zu erreichen. In die Parlamente müssen auch Arbeiter bezw. Arbeiterinnen gewählt werden, die die Bestrebungen der deutschnationalen Arbeiterschaft in der Fraktion wie im Parlament zur Geltung bringen. In einer Entschließung wurden die Wünsche und Forderungen, die auf der Konferenz zum Ausdruck gekommen waren, zusammengefaßt, die als Grundlage der Verhandlungen dienen sollen.

epd. **Der erste Gautag des Brandenburgischen Weiß-Kreuz-Verbandes** fand am 13. und 14. 9. im Erholungsheim Wicklein am Müggelsee in Friedrichshagen statt. Es war ein ganz neuer Gedanke, wichtige Vorträge im Freien abzuhalten; aber die freudige Beteiligung zeigt, wie gut er einschlug. 21 Ortsgruppen waren mit 153 Teilnehmern vertreten. Am Sonnabend sprach der Generalsekretär des Deutschen Sittlichkeitsbundes vom Weißen Kreuz, von Dobbeler, über den „Wiederaufbau der Weißkreuzgruppen". Nach ergiebiger Aussprache wurden Arbeitsberichte aus den Gruppen gegben. Am Sonntag sprachen Architekt Steinmetz, Generalsekretär Loosen und von Dobbeler. Am Abend fand eine öffentliche Männerversammlung statt, in der Prediger Semmel-Neukölln das sexuelle Problem behandelte.

Es ist ein erfreuliches Zeichen gesunden Widerstandes gegen die zunehmende Entsittlichung, daß der Bund des Weißen Kreuzes, der jetzt etwa 10 000 Mitglieder zählt, in seinem Jahresbericht dauerndes Wachsen der Mitgliederzahl und zunehmenden Arbeitseifer seiner Bundesmitglieder feststellen kann. Nähere Angaben versendet das Weißkreuzhaus, Nowawes, Beinstraße.

Für Wiederkehr der Filmzensur.

epd. Eine vom Ortsausschuß für Jugendpflege in Lichterfelde einberufene aus allen Teilen der Bevölkerung stark besuchte Versammlung faßte im Anschluß an einen Vortrag von Prof. Dr. Brunner über: „Das gute und schlechte Kino" einstimmig folgende Entschließung:

„Hunderte von Männern und Frauen Lichterfeldes aus allen Kreisen erklären sich für die unbedingte Wiederkehr der Filmzensur in den Händen sachkundiger und wirklich reifer Persönlichkeiten, da nur durch sie die Mißstände und Gefahren für weite Kreise unseres Volkes im Filmwesen wirksam bekämpft werden können. Für die Übergangszeit verlangen sie rücksichtsloses Einschreiten gegen das sitten- und zuchtlose Gebaren in der Erzeugung und Darbietung von Filmen mit Hilfe der schärfer anzuwendenden staatlichen Gewalt auf Grund der bestehenden Straf- und Polizeigesetze und genaue Prüfung der Filme auf ihren Inhalt und Gehalt in Ansehung der besonders gefährdeten Jugend und strenge Durchführung der zu ihrem Schutze bestehenden Bestimmungen über Jugendvorstellungen."

An der sehr lebhaften Erörterung beteiligten sich u. a. ein Richter, ein Lehrer und ein Nervenarzt.

Die Großberliner Kinder und das neutrale Ausland.

epd. Der Evangelische Verband für Kinderpflege-Groß-Berlin spricht seinen Dank aus für das freundliche Entgegenkommen des Auslandes, das es Hunderten von Berliner Kindern ermöglichte, sich in Schweden, Norwegen, Dänemark und der Schweiz zu kräftigen und zu erholen.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld, den 2. Oktober 1919.

— **Bezirksturnfest in Enger i. W.** Trotz des schlechten Wetters fand das Bezirksfest der Christlichen Vereine und Jünglingsvereine aus Minden-Ravensberg und Lippe in Enger statt. Infolge des Regens begannen die Wettkämpfe, zu denen von 126 angemeldeten Wetturnern 97 angetreten waren, um 1½ Uhr und dennoch wurden, obwohl die Nässe und Kälte auf die Turner ziemlich einwirkte, im Springen und Kugelstoßen durchweg gute Resultate erzielt. Etwas schwieriger war der 100-Meter-Lauf, da die dazu bestimmte Bahn durch Regen aufgeweicht worden war. Aus dem gleichen Grunde mußten auch die Stafettenläufe ausfallen. Nach den allgemeinen Wettkämpfen veranstaltete eine Musterriege ein Schauturnen am Barren und Hochreck. Durch zahlreiche Musikvorträge eines Posaunenchors wurde während der Wettkämpfe die Zeit ausgefüllt. Die Schlußansprache, der die Preisverteilung folgte, hielt Bundessekretär Seelberg aus Oeynhausen. Da die Wetturner von auswärts mit der Kleinbahn um 5½ Uhr zurückfahren mußten, um den Anschluß an die Staatsbahn zu erreichen, fand um 5 Uhr im Gemeindehause die Siegerverteilung statt. Die Namen der zehn ersten Sieger, die mit dem Eichenkranz geschmückt wurden, lassen wir nachstehend folgen. 1. Preis: Weyland, Lehrer, Lose, 61 Punkte. 2. Preis: Henke, Paul, Gütersloh, 58½. Wöhrmann, Gustav, Jöllenbeck, 57½. Helper, Karl, Detmold, 56. Meise, Heinrich, Ummeln, 52½. Austmeier, Oskar, Bielefeld, 49. Linnert, Karl, Ummeln, 49. Stock, Ernst, Herringhausen, 49. Wöhrmann, Wilhelm, Gütersloh, 49. Stuckenbrock, Fritz, Lemgo, 47½ Punkte.

Letzte Nachrichten.

Die Neubildung des Reichskabinetts.

Die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über den Wiedereintritt der Demokraten in die Reichsregierung scheinen darin zu liegen, daß die Demokraten auf wirtschaftlichem Gebiete wenig Neigung zeigen, nachzugeben. Besonders in der Frage der Betriebsräte verharren sie auf ihrem alten Standpunkt, da sie wohl die Befürchtung hegen, daß ein großer Teil ihrer Wählerschaft mit einem Nachgeben in dieser Frage nicht einverstanden sein dürfte. Trotzdem ist anzunehmen, daß eine Grundlage gefunden wird, auf der eine Einigung möglich ist, so daß die Verhandlungen doch mit dem Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung enden werden.

Verhaftung eines preußischen Abgeordneten in Posen.

Der Gewerkschaftssekretär Stössel, Mitglied der preußischen Landesversammlung, ist in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag in Posen ohne jeden ersichtlichen Grund verhaftet worden. Stoessel, der sich aus Anlaß von vertraulichen Besprechungen über Gewerkschaftseinrichtungen in Posen aufhielt, wurde nachts gegen 1 Uhr in seinem Hotel aus dem Bett herausgeholt und unter Bedrohung seines Lebens wie ein gemeiner Verbrecher nach dem Polizeigefängnis geschleppt Auf den energischen Einspruch Posener Parteigenossen ist Stoessel nach umständlichen Vernehmungen und Rückfragen am Freitag nachmittag wieder freigelassen worden.

Blutige Zusammenstöße in Mannheim.

In der Badischen Anilin- und Sodafabrik kam es zwischen der französischen Wache und den Arbeitern aus Ursachen, die noch nicht völlig aufgeklärt sind, zu einer großen Schlägerei. Die Franzosen mußten schließlich vor der Menge weichen, worauf der Wachthabende eine Salve abgeben ließ. Zwei Zivilisten wurden getötet und eine Anzahl verletzt. Die Gewerkschaft fordert nunmehr die Beseitigung der Wache, die überflüssig sei.

Elsaß-lothringischer Sozialistenprotest.

Eine Versammlung Metzer Sozialisten protestierte gegen die Einberufung der Jahrgänge 1898—99, gegen die Anwesenheit von Kolonialtruppen in Lothringen, gegen die Rückweisung elsässischer Arbeiter aus Frankreich. Ferner wird die Entlassung bestimmter französischer Beamter gefordert. Die Straßburger Sozialisten schlossen sich diesem Protest an.

Die Volksabstimmung in Luxemburg.

Aus Luxemburg wird gemeldet: Bis jetzt kann gesagt werden, daß bei der Volksabstimmung 70 Proz. der Wähler für die Dynastie, 30 für die Republik gestimmt haben. 75 Prozent haben sich für den wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich ausgesprochen, 30 Proz. sind für den Anschluß an Belgien; 5 Proz. der Stimmen waren ungültig.

Wichtige Besprechungen über Oberschlesien.

Dienstag nachmittag fanden in Berlin wichtige Besprechungen über die oberschlesische Frage statt, an denen das Reichskabinett, das preußische Kabinett, die oberschlesischen Abgeordneten der preußischen Landesversammlung, eine aus zwei Zentrumsleuten, zwei Sozialdemokraten und einem Demokraten bestehende Fünferkommission, ferner der Oppelner Regierungspräsident und auch der Reichskommissar Hörsing teilnahmen.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 71, Amt Bielefeld.

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle Missionar Heitebrot, Bethel-Bielefeld, Postscheckkonto 7332 Hannover.

Kartoffelkommissionäre im Landkreise Bielefeld.

Auf Grund der Anordnung über die Versorgung mit Herbstkartoffeln sind zu Kartoffelkommissionären bestellt worden:

1. In den Gemeinden Altenhagen, Brönninghausen und Milse: **Kommissionär Moshage in Altenhagen.**
2. In den Gemeinden Isselhorst, Holtkamp, Hollen, Ebbesloh und Niehorst: **Kommissionär Steinkröger in Brackwede.**
3. In den Gemeinden Brackwede, Quelle, Gadderbaum und Ummeln: **Kommissionär Hch. Burmeyer in Brackwede, Sieternbrock 2.**
4. In den Gemeinden Babenhausen, Kirch-Dornberg, Hoberge-Uerentrup und Nieder-Dornberg-Deppendorf: **Kommissionär Ringstmeyer in Babenhausen.**
5. In den Gemeinden Gellershagen, Groß-Dornberg, Nieder-Jöllenbeck: **Kommissionär Ed. Kertsiek in Nieder-Jöllenbeck.**
6. In den Gemeinden Heepen, Oldentrup, Sieker und Stieghorst: **Kommissionär Drewer in Heepen.**
7. In den Gemeinden Hillegossen, Ubbedissen und Lämershagen: **Kommissionär Ludwig Westerheide in Ubbedissen.**
8. In den Gemeinden Brake, Ober-Jöllenbeck, Theesen, Vilsendorf, Bauerschaft-Schildesche u. Gemeinde Schildesche: **Kommissionär Meyer in Nieder-Jöllenbeck.**
9. In den Gemeinden Senne I und Senne II: **Kommissionär Ed. Kleine in Senne I.**

Kriegswirtschaft des Landkreises Bielefeld.

Reinliches, zuverlässiges
Mädchen,
das schon gedient hat, für Küche und Hausarbeit in gutes Haus gesucht. Angebote erbeten an
Frau Karl Hänle,
Frankfurt a. M.,
Morgensternstraße Nr. 12, I.

Brennholz
hauptsächlich Hartholz, 1—2,5 m oder 18—23 cm lang, zur Lieferung an städt. Behörden gegen Kasse gesucht. Aufkäufer gesucht.
Holzhandlg. Wilmking, Gütersloh i. Westf. Tel. 106.

Zur Hilfe der Schwestern bei der Pflege, Beaufsichtigung und Beschäftigung der Kinder suchen wir für Mitte November
zwei Helferinnen.
Alter nicht unter 20 Jahren. Monatlich Taschengeld 20 Mk.
Kinderheilanstalt Elisabethhaus, Bad Nauheim.

Nach Lösung meines Vertragsverhältnisses mit den Bethel-Anstalten praktiziere ich von heute ab
ausschließlich
in meiner Privatklinik,
Koblenzerstraße 8,
wo ich ein modernes Röntgen- u. Lichtinstitut eröffnet habe.
Sprechstunden vormittags von 9 Uhr ab, nachmittags von 3-4 Uhr.
Dr. Niederstein
Spezialarzt für Chirurgie und Radiologie.



Der Deutsche Guttempler-Orden (I O G T)
verbindet alle Stände auf dem Boden christlicher Bruderliebe, um unser Volk aufwärts zu führen. Er bekämpft den schädlichen Einfluß geistiger Getränke und beteiligt sich an allen Bestrebungen zur Hebung unseres Volkes. Jede gewünschte Auskunft erteilt:
Missionar J. Ostermeyer, Bethel bei Bielefeld.

Der Eisenacher Bund
für kirchliche Evangelisation, Pflege christlicher Gemeinschaft und evangelischen Lebens
ruft alle, die mit Ernst Christen sein wollen, zur Mitarbeit auf. Wünsche um weitere Auskunft und Anmeldungen sind zu richten an Pastor D. **Jaeger** in Bethel b. Bielefeld.

Predigtbücher
Andachts- und Gebetbücher
hat in großer Auswahl vorrätig
Buchhandlung der Anstalt Bethel
Bethel bei Bielefeld.